

MADAGASKAR

Republic of Madagascar

Head of state: Andry Rajoelina

Head of government: Christian Ntsay

ÜBERBLICK

Die COVID-19-Pandemie hatte einen verheerenden Einfluss auf den Zugang zu Nahrungsmitteln. Geschlechtsspezifische Gewalt war weiterhin weit verbreitet, und immer mehr Frauen und Mädchen unterzogen sich unsicheren Abtreibungen. Eine Frau wurde wegen einvernehmlicher gleichgeschlechtlicher Beziehungen zu einer Haftstrafe verurteilt. Zehntausende Menschen, darunter Hunderte von Kindern, wurden unter unzumutbaren Bedingungen über einen längeren Zeitraum in Untersuchungshaft genommen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde eingeschränkt, und die Behörden ergriffen Maßnahmen, um Rundfunkanstalten daran zu hindern, Informationen über COVID-19 zu verbreiten.

HINTERGRUND

Am 22. März rief der Präsident angesichts des COVID-19-Ausbruchs den Ausnahmezustand aus. Er wurde periodisch bis zum 18. Oktober verlängert.

WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND KULTURELLE RECHTE

Die COVID-19-Pandemie hatte verheerende Auswirkungen auf den Lebensunterhalt und das Haushaltseinkommen. Im Juni gab das Nationale Institut für Statistik an, dass über 64 % der Haushalte über 64% der befragten Haushalte angaben, dass ihr Einkommen erheblich gesunken sei; etwa 60% gaben an, nicht genug zu essen zu haben; und etwa 50% in städtischen Gebieten hatten Schwierigkeiten, während der Sperre Reis zu kaufen, hauptsächlich aufgrund eines plötzlichen Preisanstiegs. Im Süden brauchten 1,5 Millionen Menschen nach drei Jahren Dürre, die die Ernten beeinträchtigt hatte, sofortige Nahrungsmittelnothilfe.

GENDER-BASIERTE GEWALT

Trotz der jüngsten Bemühungen der Regierung, die Rechte der Frauen zu adressieren, unter anderem durch die Einführung eines neuen Gesetzes, 009/2019, im Dezember 2019, um geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen, blieb die Praxis weit verbreitet. Lokale Organisationen berichteten über einen Anstieg der Fälle von häuslicher Gewalt während der Abriegelung.

SEXUELLE UND REPRODUKTIVE RECHTE

Die Nichtregierungsorganisation Ärzte der Welt (MdM) sagte, dass die Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt während der Abriegelung zu einem Anstieg ungewollter Schwangerschaften und zu mehr Frauen und Mädchen geführt habe, die sich unsicheren Abtreibungen unterziehen. Abtreibung blieb ein Straftatbestand, und MdM sagte, dass unsichere Abtreibungen die zweithäufigste Ursache für Müttersterblichkeit im Land nach geburtliche Blutungen seien.

RECHTE von LESBISCHEN, SCHWULEN, BISEXUELLEN, TRANSEXUELLEN und INTERSEXUELLEN (LGBTI) MENSCHEN

Schwule und lesbische sexuelle Beziehungen sind in der madagassischen Gesellschaft nach wie vor tabu, und die Regierung hat es immer wieder versäumt, LGBTI-Personen vor Stigmatisierung und Diskriminierung zu schützen. Am 10. März wurde eine 33-jährige Frau im Antanimora-Gefängnis wegen "Korruption von Minderjährigen" in Untersuchungshaft genommen, weil sie einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen mit einer 19-jährigen Frau hatte. Ihr Prozess wurde mindestens viermal verschoben, aber im Dezember wurde sie schließlich im Zweifel freigesprochen. Artikel 331 des Strafgesetzbuches sieht eine Gefängnisstrafe von zwei bis fünf Jahren und eine saftige Geldstrafe für "jeden, der eine unanständige oder unnatürliche Handlung mit einer Person des gleichen Geschlechts unter 21 Jahren begangen hat" vor. Das Schutzalter für heterosexuellen Sex lag hingegen bei 14 Jahren.

RECHT AUF EIN FAIRES VERFAHREN

Trotz der Versprechungen des Präsidenten im Jahr 2019 wurde die exzessive Anwendung von verlängerter Untersuchungshaft und die starke Überfüllung der Gefängnisse fortgesetzt. Tausende von Menschen wurden weiterhin jahrelang ohne Gerichtsverfahren inhaftiert, und im Mai machten die Untersuchungshäftlinge 55 % der Gefängnisinsass_innen aus. Im August waren in den madagassischen Gefängnissen, die eine Kapazität von 10.360 Insassen hatten, 27.327 Menschen, darunter 734 Kinder, unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert. 1.700 verurteilte Häftlinge wurden im Juni vom Präsidenten begnadigt. Darunter befanden sich: Personen, die wegen geringfügiger Vergehen verurteilt worden waren und noch drei Monate oder weniger ihrer Strafe abzusitzen hatten; Frauen über 55 und Männer über 60, die zehn Jahre oder länger im Gefängnis gesessen hatten; und Kinder, die mindestens die Hälfte ihrer Strafe abgesessen hatten; währenddessen befanden sich Tausende weiterhin in verlängerter Untersuchungshaft, die in großem Umfang gegen Täter_innen mit geringfügigen Vergehen eingesetzt wurde. Im August waren 60 % der inhaftierten Frauen und Mädchen Untersuchungshäftlinge und 75 % aller inhaftierten Kinder befanden sich in Untersuchungshaft. In der Praxis war kein Rechtsbeistand verfügbar, trotz gesetzlicher Bestimmungen, die das Recht auf Rechtsbeistand in allen Phasen des Prozesses garantierten. Im August flohen 88 Häftlinge aus dem Gefängnis von Farafangana im Südosten des Landes, offenbar um gegen die Untersuchungshaft zu protestieren, einschließlich ihrer Anwendung gegen Personen, die wegen Bagatelldelikten angeklagt waren, gegen die starke Überbelegung und die schlechten Haftbedingungen sowie gegen weit verbreitete Berichte über Korruption innerhalb des Gefängnisystems, durch die sie gezwungen wurden, Bestechungsgelder an verschiedene Personen innerhalb des Systems zu zahlen, um unter anderem Familienbesuche zu erhalten. Lokale Quellen berichteten, dass die Gefangenen seit dem Ausbruch von COVID-19 keine Familienbesuche mehr erhalten durften. Während des Ausbruchs töteten die Sicherheitskräfte 20 Gefangene, drei weitere starben in den folgenden Tagen an ihren Verletzungen. Siebzehn von ihnen waren Untersuchungshäftlinge.

MEINUNGSFREIHEIT

Am 28. Mai wurde Stéphane Ralandison, Professor und Dekan der medizinischen Fakultät der Universität Toamasina, von der Kriminalabteilung der Gendarmerie-Brigade Toamasina verhaftet und verhört. Am darauffolgenden Tag wurde er vor das Gericht von Toamasina geladen und des Mordes an seinem Kollegen Dr. Daniel Randriamiarivonjy beschuldigt, der sich nach Angaben des Krankenhauspersonals am 24. Mai erhängt hatte. Während des

dreistündigen Verhörs von Stéphane Ralandison wurde er jedoch auch zu einem kürzlichen LinkedIn-Post befragt, in dem er unter anderem die Reaktion der Regierung auf die COVID-19-Pandemie und die Risiken der Missachtung wissenschaftlicher Forschung kritisiert hatte. Am 16. Juli wurde Harry Laurent Rahajason, ein ehemaliger Journalist und Kommunikationsminister in der vorherigen Regierung, zusammen mit vier anderen Personen verhaftet und in Untersuchungshaft in das Antanimora-Gefängnis in der Hauptstadt Antananarivo gebracht. Ihm wurde vorgeworfen, die Staatssicherheit untergraben zu haben, da er einen Protest organisiert und finanziert haben soll, der im Juli trotz staatlicher Notstandsverordnungen, die solche Veranstaltungen verbieten, stattgefunden haben soll. Der Protest stand im Zusammenhang mit dem Fall von Berija Ravelomanantsoa, einem Studentenführer, der seit dem 8. Juni in Untersuchungshaft gehalten wurde. Am 30. September wurde Berija Ravelomanantsoa nach dem Cybercrime Law wegen Untergrabung des Staates und Beleidigung des Präsidenten auf Facebook zu 44 Monaten Gefängnis verurteilt. Harry-Laurent Rahajason und seine vier Mitangeklagten wurden am 15. Oktober zu 44 Monaten Haft verurteilt. Nach dem Ausbruch von COVID-19 ergriff die Regierung drastische Maßnahmen, um die von den Medien und Einzelpersonen verbreiteten Informationen zu kontrollieren. Sie hob das Gesetz 91-011 aus dem Jahr 1991 auf, das nur in Ausnahmefällen angewandt werden sollte, und erlaubte den Medien, nur offizielle Informationen der Regierung zu verbreiten. Andere restriktive Maßnahmen beinhalteten das Verbot für Radiosender, Phone-In-Shows auszustrahlen. Sie wurde zum zweiten Mal seit 2019 wegen Verbreitung von Falschnachrichten und Aufstachelung zum Hass gegen den Präsidenten angeklagt. Sie wurde einen Monat später freigelassen, nachdem der Präsident eine Amnestie für inhaftierte Journalist_innen erlassen hatte, obwohl unklar war, ob die Anklage fallen gelassen wurde.

Später im selben Monat wurde eine Fernsehmoderatorin, bekannt als "Sabrina", die für den Kolo-Kanal arbeitete, angeklagt, weil sie in den sozialen Medien Fake-News über die Anzahl der COVID-19-Fälle im Land verbreitet haben soll. Sie wurde im Antanimora-Gefängnis in Untersuchungshaft genommen und am 6. Mai im Rahmen der Präsidialamnestie freigelassen.

Am 6. April versuchte der oppositionelle Sender Real TV, ein Interview mit dem ehemaligen Präsidenten Ravalomanana zu abzuhalten, in dem er den Umgang der Regierung mit der COVID-19-Pandemie kritisierte. Die Ausstrahlung scheiterte, weil der Sender und die Antenne beschädigt waren. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen folgte der Vorfall kurz nachdem das Ministerium für Kommunikation und Kultur Real TV und zwei weitere oppositionelle Medien davor gewarnt hatte, über COVID-19 zu berichten. In der Warnung wurde darauf hingewiesen, dass die Sender es versäumt hatten, die Nachrichten der staatlichen Medien über die Pandemie live zu übertragen